

Verringerung der administrativen Belastung von KMU

Gut im internationalen Vergleich

Die Schweiz schneidet bei der administrativen Belastung der KMU im internationalen Vergleich gut ab.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Kantonen sind jedoch beachtlich, Verbesserungspotenzial ist reichlich vorhanden. Gerade bei den kantonalen Bürokratien liegt noch viel Verbesserungspotenzial, wie eine aktuelle Studie von BDO Visura und dem Schweizerischen Institut für Klein- und Mittelunternehmen der Universität St. Gallen aufzeigt. Kleinunternehmen sind von den administrativen Belastungen besonders betroffen, besagt die Studie. Die Unternehmer müssen die meisten Arbeiten selber ausführen oder an einen Treuhänder weitergeben, weil sie im eigenen Betrieb nicht über Fachkräfte verfügen. Die Folgen: Durch das Erledigen administrativer Arbeiten werden wertvolle Ressourcen gebunden und Kosten verursacht, was letztlich die Rentabilität reduziert.

Noch vor 10 Jahren mussten Kleinunternehmer im Kanton Zürich mehr als die Hälfte ihrer Arbeitszeit für die Erfüllung der vom Staat verordneten Administration einsetzen. Mehr als 950 Stunden pro Jahr wendete hier ein Kleinunternehmer für die staatlich verordnete Administration auf. Im Kanton St. Gallen lag der Aufwand

bei knapp 530 Stunden. Seither hat sich die Situation etwas geändert. Etliche Kantone und der Bund haben Massnahmen ergriffen. Die Studie untersuchte die bereits getroffenen oder geplanten Programme zur administrativen Entlastung der KMU auf Bundes- und Kantonsebene. Unter die Lupe genommen wurden insbesondere die Kantone Baselland, Graubünden, St. Gallen, Waadt und Zürich. Während Baselland, Graubünden und St. Gallen erste Massnahmen erfolgreich umgesetzt haben, wurde im Kanton Zürich eine KMU-Entlastungsinitiative angenommen. Der Kanton Waadt ist heute der Einzige unter den verglichenen Kantonen, der noch keine umfassenden Massnahmenpakete geplant hat.

Die erfreuliche Entwicklung wird allerdings dadurch getrübt, dass das Vorgehen in den einzelnen Kantonen untereinander kaum koordiniert ist. Zum Beispiel hat der Kanton Baselland die Reduktion der Regelungsdichte sowie den Abbau der administrativen Belastung gesetzlich verankert. Der Kanton St. Gallen hat darauf verzichtet. Er setzt unter anderem auf den Austausch von gegenseitigen Anliegen von Wirtschaft und Verwaltung über ein KMU-Forum, wie dies auch der Bund erfolgreich einsetzt. Dass die Kantone teilweise dieselben Instrumente einsetzen wie der Bund, ist positiv, weil hier schon Erfahrungen vorhanden sind. Die Studie kommt aber zum Schluss, dass die Kantone grundsätzlich

nach weniger aufwendigen Vollzugsmechanismen suchen sollten, wenn sie Bundesrecht umsetzen.

Die Unternehmen könnten aber, so die Studie, ebenfalls einen Beitrag zur Optimierung der

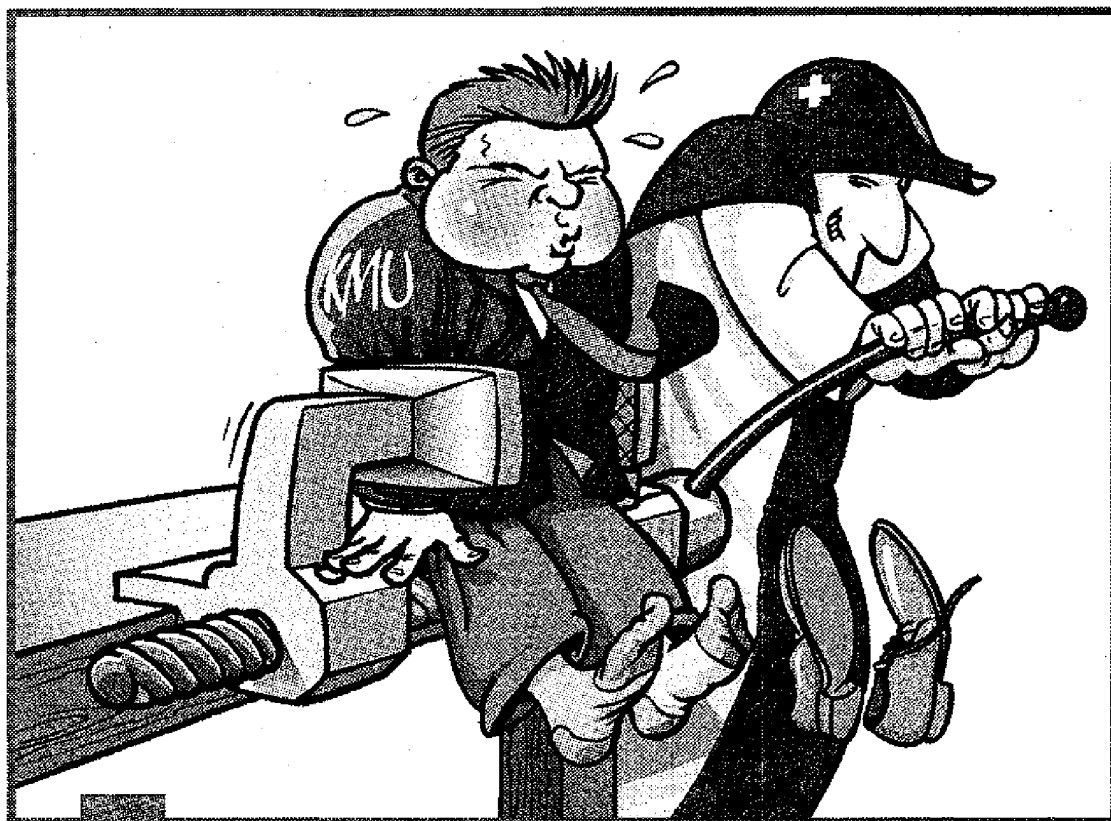
Situation leisten, indem sie ihre Probleme in Zusammenhang mit der administrativen Belastung präzise artikulierten und die bereits verfügbaren Wissensnetzwerke nutzten.

Besonders Unternehmensgründungen erfordern in der Schweiz mehr administrativen Aufwand als in vielen vergleichbaren Ländern. So dauern die Prozeduren in den USA fünf Tage, in der Schweiz viermal länger. Mit 8,7 Prozent des Bruttosozialprodukts pro Kopf sind die Gründungskosten in der Schweiz fast doppelt so hoch wie in Deutschland. In den USA, in Grossbritannien und in Schweden liegen die Aufwendungen für eine Unternehmensgründung unter einem Prozent, in Dänemark sind sie bei null. Von den zwölf Industrieländern, die miteinander verglichen wurden, ist nur in Japan und in Holland eine Unternehmensgründung teurer als in der Schweiz.



Jungunternehmer wünschen sich vor allem eine zentrale Anlaufstelle und einen viel stärkeren Einbezug der Informatik zur Abwicklung der Verwaltungsaufgaben (e-Government).

◆
Mi



Auch wenn sich in den vergangenen Jahren einiges verbessert hat: KMU leiden nach wie vor unter dem «Administrations-Schraubstock» des Staates.